wA17 Dietrich-Bonhoeffer-Klinik erhalten – Versorgung suchtkranker Kinder und Jugendlicher sichern

Gremium:	KV Oldenburg-Land
Beschlussdatum:	07.04.2026
Tagesordnungspunkt:	6. Weitere Anträge

Antragstext

Die Dietrich-Bonhoeffer-Klinik in Ahlhorn ist eine spezialisierte Einrichtung für die stationäre und teilstationäre Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit stoffgebundenen und nicht-stoffgebundenen Suchterkrankungen. Sie erfüllt eine wichtige Funktion innerhalb der bestehenden Versorgungslandschaft für junge Menschen mit komplexem therapeutischem Bedarf.
Die drohende Schließung der Klinik würde einen gravierenden Einschnitt in die ohnehin begrenzten Versorgungsstrukturen für suchtkranke Kinder und Jugendliche bedeuten. Nach Daten der Deutschen Suchthilfestatistik sind spezialisierte stationäre Therapieangebote für diese Altersgruppe bundesweit nur in begrenztem Umfang vorhanden. Der Wegfall einer Einrichtung dieser Art würde die bestehende Unterversorgung weiter verschärfen und den Zugang zu dringend benötigten Therapieplätzen erheblich einschränken.
Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen fordert daher die zuständigen Akteure auf Landes- und Bundesebene, die beteiligten Kostenträger sowie den Träger der Einrichtung nachdrücklich auf, die drohende Schließung der Dietrich-Bonhoeffer-Klinik abzuwenden und die Therapieangebote für Kinder und Jugendliche mit Suchterkrankungen dauerhaft sicherzustellen.

Zentrale Forderungen:

1. Kurzfristige Sicherstellung von Finanzierung und Betrieb
Alle beteiligten Akteure – insbesondere die Deutsche Rentenversicherung, die gesetzlichen Krankenkassen, der Klinikträger sowie die Landes- und Bundespolitik – müssen unverzüglich einen tragfähigen und pragmatischen Lösungsansatz entwickeln, um den laufenden Betrieb der Dietrich-Bonhoeffer-Klinik zu sichern. Der Zugang junger Menschen zu notwendiger Behandlung darf nicht von kurzfristigen
betriebswirtschaftlichen Erwägungen abhängig gemacht werden.

2. Politische Verantwortung übernehmen und koordiniert handeln
Die Behandlung von Suchterkrankungen ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bund, Land und
Kostenträger tragen hierfür eine gemeinsame Verantwortung. Die Landesregierung Niedersachsen - insbesondere das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung – wird aufgefordert, den Wegfall dieser wichtigen Versorgungsstruktur nicht hinzunehmen, politischen Druck auf die Kostenträger und den Bund auszuüben und sich klar und öffentlich für den Erhalt spezialisierter Suchthilfeangebote für Kinder und Jugendliche einzusetzen.

3. Langfristige Sicherung und Reform der Finanzierungsstrukturen

Die Finanzierung spezialisierter Therapieangebote für Kinder und Jugendliche mit Suchterkrankungen muss dauerhaft auskömmlich, verlässlich und bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Erhebungen der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS)

zeigen, dass Einrichtungen der Suchthilfe seit Jahren strukturell unterfinanziert sind und wirtschaftliche Defizite zunehmend den Fortbestand ganzer Versorgungsangebote gefährden. Besonders spezialisierte Einrichtungen geraten dabei unter Druck, da der hohe personelle und therapeutische Aufwand in bestehenden Vergütungssystemen nicht ausreichend berücksichtigt wird. Die niedersächsischen Mitglieder des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, sich aktiv für entsprechende Reformen der Finanzierungsstrukturen auf Bundesebene einzusetzen.

Begründung

Suchterkrankungen bei Kindern und Jugendlichen stellen eine wachsende gesundheitspolitische Herausforderung dar. Während der Konsum klassischer Suchtmittel wie Alkohol und Tabak teilweise rückläufig ist, nehmen nicht-stoffgebundene Abhängigkeiten deutlich zu.
Aktuelle Studien der DAK-Gesundheit in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf zeigen, dass über 25 % der 10- bis 17-Jährigen ein riskantes oder pathologisches Nutzungsverhalten sozialer Medien aufweisen. Rund 4–5 % erfüllen bereits die Kriterien einer manifesten Abhängigkeit. Damit besteht bei einem erheblichen Teil der Jugendlichen ein konkreter therapeutischer Bedarf. Gerade bei Kindern und Jugendlichen sind frühzeitige, spezialisierte Therapieangebote entscheidend, um langfristige gesundheitliche, soziale und berufliche Folgeschäden zu vermeiden. Der Abbau bestehender Versorgungskapazitäten verschärft die Problemlage und verlagert die Folgen in andere Systeme wie Jugendhilfe, Schule, psychiatrische Versorgung und später den Arbeitsmarkt.

Zugleich ist der Erhalt spezialisierter Suchthilfe nicht nur sozial-, sondern auch finanzpolitisch geboten. Studien zur ambulanten Suchthilfe zeigen, dass Investitionen in frühzeitige Behandlung erhebliche Folgekosten vermeiden können und ein hohes gesellschaftliches Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen. Auch für stationäre Therapieangebote ist von signifikanten langfrist gen Einsparungen auszugehen, etwa durch vermiedene Krankenhausaufenthalte, geringere Inanspruchnahme der Jugendhilfe und stabilere Bildungs- und Erwerbsbiografien. Die drohende Schließung der Dietrich-Bonhoeffer-Klinik ist daher kein betriebswirtschaftliches Einzelproblem, sondern ein politischer Testfall für die Verlässlichkeit staatlicher Daseinsvorsorge.
Wer zulässt, dass spezialisierte Suchthilfe für Kinder und Jugendliche wegbricht, nimmt langfristige Schäden und höhere gesellschaftliche Folgekosten bewusst in Kauf. Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen bekennt sich zu einem Versorgungssystem, das sich am tatsächlichen Bedarf junger Menschen orientiert – nicht an kurzfristigen Sparlogiken.

Quellen:

Deutsche Suchthilfestatistik (DSHS). Institut für Therapieforschung (IFT), München. Jahresberichte und aktuelle Auswertungen zur ambulanten und stationären Suchthilfe in Deutschland. Online verfügbar unter: https://www.suchthilfestatistik.de/
Bundesministerium für Gesundheit (BMG). Deutsche Suchthilfestatistik – Epidemiologie des Suchtmittelkonsums
Informationen zur Versorgungslage und Entwicklung von Suchterkrankungen in Deutschland. Online verfügbar unter: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/ressortforschung/drogen-und-sucht/epidemiologie-des-suchtmittelkonsums/deutsche-suchthilfestatistik.

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V. (DHS). Bericht zur Finanzierung der Suchtberatung in Deutschland (2024)
Analyse zur strukturellen Unterfinanzierung der Suchthilfe und zu volkswirtschaftlichen Effekten früher Intervention. Online verfügbar unter: https://www.dhs.de/fileadmin/user_upload/2024-09-26-

Bericht_zur_Finanzierung_der_Suchtberatung_FINAL.pdf.
DAK-Gesundheit / Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE). DAK-Mediensucht-Studie 2024/2025. Längsschnittstudie zur problematischen und pathologischen Mediennutzung bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland.
Online verfügbar unter: https://www.dak.de/dak/unternehmen/reporte-forschung/dak-studie-mediensucht-2024_91442
Servicestelle Kinder- und Jugendschutz. Neue DAK-Studie zur problematischen Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen
Zusammenfassung und Einordnung der aktuellen Studienergebnisse. Online verfügbar unter: https://www.servicestelle-jugendschutz.de/2025/03/neue-dak-studie-praesentiert-zahlen-zur-problematischen-mediennutzung-von-kindern-und-jugendlichen/